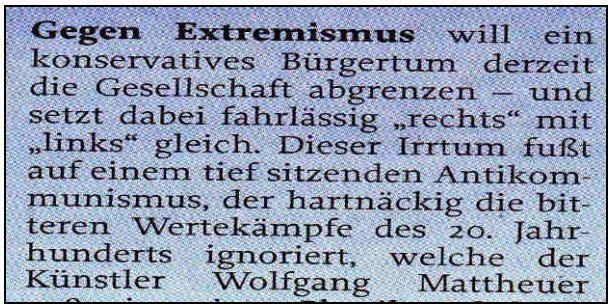
Zur Sache ANGEMERKT

MÄRZ 2020

UNSER THEMA 1

Ungewohnt, aber beachtlich: Ein FP-Redakteur legte mit "Geister des Gestern" am 12. Februar 2020 eine ganze Hand in eine eiternde Wunde.


Gegen Extremismus will ein konservatives Bürgertum derzeit die Gesellschaft abgrenzen – und setzt dabei fahrlässig „rechts" mit „links" gleich. Dieser Irrtum fußt auf einem tief sitzenden Antikommunismus, der hartnäckig die bitteren Wertekämpfe des 20. Jahrhunderts ignoriert, welche der Künstler Wolfgang Mattheuer

... und flugs eine Woche später empörten sich einige der getroffenen "Geister" lautstark.

Nur Vorwürfe helfen niemandem weiter

"Geister des Gestern" überschrieben wurde in der FP vom 12. Februar 2020 gefragt: Warum tut sich die vermeintliche bürgerliche Mitte der Gesellschaft so schwer, Gemeinsamkeiten von linken und christlichem Menschenbild zu erkennen? Im Weg steht ihr ein tief sitzender Antikommunismus - und

Verweigerung von Aufarbeitung. - Von der "Mitte" frenetisch aufgenommen: Die "Hufeisen-Theorie": des TU- Professor Eckhard Jesse. Seinerzeit von Medien als *wichtiger* "Chemnitzer Parteien- und Extremismusforscher" bezeichnet. Seither beherrschen die Gedanken-Metastasen der "TU- Koryphäe" die CDU und so manche ihre "DDR-AUFARBEITER" in der Gedenk- und Erinnerungsindustrie.

TU- Chemnitz Prof. Eckhard Jesse, ja man erinnert sich, das war der, der 2008 der CDU in Sachsen gemeinsam mit dem damaligen **CDU- Fraktionschef Steffen Flath** zu der Festlegung in ein Grundsatzpapier der Partei verhalf, man dürfe "NICHT ANTIFASCHISTISCH" sein. Nicht „antifaschistisch" sein! Das war im Jahre 2008. Und fortan war es wohl auch Leitschnur für Verfassungsschutz, Justiz, Polizei etc. in Sachsen.

Fritz Hähle. Unvergessen für uns das Winden und Zieren des mächtigen CDU- Landtagsfraktionsvorsitzenden Fritz Hähle bei einer Kundgebung im Chemnitzer Schauspielhaus anlässlich "100 Tage NPD im Sächsischen Landtag". - Dabei war er nur gebeten worden, gemeinsam mit allen anderen demokratischen Parteien und Organisationen, also auch mit Abgeordneten der LINKEN, eine Protestresolution zu verabschieden.

Sie kommen nicht davon los. Nehmen eine vermeintliche Mitte in ihr Schlepptau und bekommen hierfür materielle und personelle Ressourcen nach Wunsch.

Nur einige sichtbare Folgen der Hufeisen- Politik

Satzung des Vereins Lern- und Gedenkort Kaßberg- Gefängnis

...Dabei sollen die Geschichte des Nationalsozialismus, die Zeit der sowjetischen Besatzung sowie die DDR-Geschichte grundsätzlich gleichrangig behandelt werden.

Gleichrangig- mit wem und bei was?

Vom Verein & parteipolitischen Handlangern hört man: "Die Geschichte des Nationalsozialismus, die Zeit der sowjetischen Besatzung sowie der DDR"- Gleichrangig? Nicht mal das ist! "Eine komplette Etage wird dem Alleinstellungsmerkmal des Gedenkortes gewidmet sein - dem Freikauf politischer Häftlinge aus der DDR" (FP 24.2.20) -

Und man rühmt sich in den Medien wenn vor der Museumsbaustelle "Interessierte" Stundenlang anstehen. - Und ermutigt von solcher Art "Gleichrangigkeit" wollen nun die Pro Chemnitz Extremisten den Terroristen und Neonazi Josef Kneifel zum Ehrenbürger einer möglichen Kulturhauptstadt Chemnitz machen!

ZEITGESCHEHEN

DAS THEMA: „FREIE PRESSE" ZEIGT UNENTDECKTE ORTE

Warteraum zur Freiheit

Das einstige Gefängnis auf dem Chemnitzer Kaßberg diente immer wieder der Verfolgung politischer Gegner und Andersdenkender. Jahrzehntelang war es Schauplatz des Freikaufs von DDR-Häftlingen durch die Bundesrepublik. Nun gibt es neue Pläne für das Areal.

Als Adam grub und Eva spann
Wo war denn da der Edelmann?

Etwa Josef Kneifel? - Der an der Dresdener Str. vor 35 Jahren aus Hass auf die DDR den "Sowjet – Panzer vom Sockel sprengen" wollte. Der dabei den Tod vieler Menschen in Kauf genommen hat.

Nach 1989 wurde Kneifel zeitweilig als Vorzeige-Opfer des Stalinismus gehandelt. Noch 2005 luden ihn TU, Stasi-Unterlagenbehörde und Landeszentrale für politische Bildung zu einem Vortrag nach Chemnitz ein. Kneifel bewegte sich zu dieser Zeit längst im rechtsextremen Milieu, wo er heute als „totalitärer Held" gilt. (FP 9.3.2015)

Anfangs auch von Verfolgten des Naziregimes und Antifaschisten gedacht als Lern- und Gedenkort, macht sich dort Jesses Stallgeruch "NICHT ANTIFASCHISTISCH SEIN" breit. Prozessanalysen von antifaschistischen Historikern zu den Gegnern des NS-Regimes für den Zeitraum 1933 -45 nicht einmal angefragt. "Man kennt uns, aber...."

Den Propagandisten und Parteigängern der "Gleichrangigkeit - These" sei gesagt: Ungerechtigkeit, Repression, Justiz-Verbrechen - das kein Leid soll und darf vergessen werden. Als Mittelpunkt und Alleinstellungsmerkmal des Gedenkorts für politischer Häftlinge aus der DDR ist es untauglich.

Historiker:
Die Geschichte wird zu einem Unterhaltungsgegenstand, zu einem Gegenstand von Sensationen von diesen und jenen Sachen gemacht. ...Und daraus entsteht eine emotionale Haltung. Dazu" Zeitzeugen" bemüht. / Prof. Pätzold

Prof. Dr. Gerd Dietrich nach einer Diskussion mit Peter Sodan in der Staucha– Bibliothek.

Der Historiker Prof. Dr. Gerd Dietrich: Zugleich gab es in den letzten Jahren einen Trend zur Zeitzeugenkultur. Das ist aber nur eine Form von Geschichtsschreibung. Da werden Erinnerungen gesammelt, keine Zusammenhänge - das ist ein ganz anderes Konzept als das des Historikers, der eine fundierte Gesamtaufstellung machen will. Eine methodisch kontrollierte, wissenschaftlich orientierte Geschichts-schreibung ist etwas anderes... Es ist nach wie vor am Täter-Opfer-Gegensatz orientiert und politisch ganz stark auf die Staatssicherheit ausgerichtet. Vieles arbeitete direkt in diese politische Aufarbeitungsschiene hinein, mit der die DDR delegitimiert werden sollte.

(in der FP 10.,11. und 12. März 2020)

Schüler bezweifeln Zahl von KZ-Opfern

Zunehmend provokante Fragen in der Gedenkstätte Bergen-Belsen

Sprengstofffund in KZ-Gedenkstätte

Staatsschutz ermittelt: Verdächtiges Päckchen bereits im Januar gefunden. Von Fabian Hillebrand

Faschismus verharmlost

Jana Frielinghaus zum Gedenkort für die Opfer »des Kommunismus«

Landauf, landab erinnern zahlreiche ehemalige Gefängnisse und andere Einrichtungen als Gedenkorte an Menschenrechtsverletzungen in der DDR. Nun also soll ein »zentrales Mahnmal« für die Opfer »der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland« dazukommen. Ein entsprechender Antrag der Parteien der Großen Koalition wurde am Freitag mit deren und den Stimmen der FDP beschlossen, die Grünen wollen den Konzipierungsprozess »konstruktiv begleiten«.

Damit wird die Spirale der Gleichsetzung von Faschismus und Realsozialismus weitergedreht. Das Ziel: Dämonisierung und Delegitimierung

Ostfriesland

KZ-Chef auf Gedenkstein

Der Zentralrat der Juden in Deutschland hat gegen ein Denkmal in Ostfriesland protestiert, auf dem Johann Niemann verewigt ist, der frühere Chef des NS-Vernichtungslagers Sobibor. Zentralratspräsident Josef Schuster sagte der »Neuen Osnabrü-

Die einen beten fürs Opfer, andere scharen sich um die NPD

Nach dem eskalierten Streit zur Weihnachtsfeier in Aue kommt die Stadt nicht zur Ruhe. Die Kirche mahnt zur Besonnenheit. Dem Demo-Aufruf eines NPD-Politikers folgten mehr als 2000 Menschen.

Wahl-Plattheiten
Motiv der CDU– Bildmontage Juli 2019
Ein Bild mit Brettern vernageltest Geschäft in Görlitz im 1990. Bild Zwei die im Februar 1945 durch Bomben im zweiten Weltkrieg zerstörte Stadt Dresden. Dazu die CDU: »Sozialismus hat nur für Leid gesorgt. Egal ob … national oder >real existierend<«

des Nationalsozialismus darstellt.

Besonders pikant an der Geschichte: Laut der »Morgenpost« stammt die Idee für den Vergleich vom sächsischen Ministerpräsidenten und CDU-Landeschef Michael Kretschmer persönlich. Der

Irgendwas mit Sozialismus

Sachsens CDU vergleicht die DDR mit dem NS-Regime

Untersuchungshaftanstalt der DDR-Staatssicherheit. Eine komplette Etage wird dem Alleinstellungsmerkmal des Gedenkorts gewidmet sein – dem Freikauf politischer Häftlinge aus der DDR.

soll die Gedenkstätte
rg-Gefängnis werden

Resultate der Schwerpunktsetzung

Gelernt?

So langsam müsste die CDU doch merken, dass sie sich mit der Gleichsetzung von links und rechts völlig verrannt hat. Dieses Dogma gescheitert ist. Und nicht erst seit dem Thüringen-Desaster.

Untauglich ist ebenso das obskure »Hufeisenmodell« des »Extremismusforschers« **Eckhard Jesse**, 1958 aus der DDR in die Bundesrepublik übergesiedelt, später Professor an der TU Chemnitz.

Diese Partei hat die Vergangenheit nie aufgearbeitet, anscheinend nie begriffen. Nicht die Zeit »bürgerlicher« Toleranz und Unterstützung gegenüber dem wachsenden Einfluss der Nazis in den 20er und 30er Jahren, welche zur Katastrophe des Zweiten Weltkrieges und zur Vernichtung der Juden führte, aber auch nicht die Zeit der erzwungenen und der halbherzigen Entnazifizierung, die die »alten Kameraden« schnell wieder in alle wichtigen politischen und ökonomischen Positionen brachte.
Und heute ist der Antikommunismus nicht wieder, sondern immer noch das bestimmende Element jeder politischen Entscheidung. Wider jede Vernunft, wie die Lage in Thüringen zeigt.

Franz Tallowitz, Saterland

Bagatellisiert statt aufgearbeitet

München/2016, Kassel/2019, Halle/2019, Hanau/2020 - allein dieser Ausschnitt rechter Gewalttaten müsste auch die letzten Experten daran zweifeln lassen, dass Rechtsradikalismus und entsprechendes Gedankengut im Osten weder vorrangig angesiedelt sind, noch hier ihren Ursprung haben. Diese politisch motivierten Ursachenanalysen und -festlegungen haben ein gerüttelt Maß Mitschuld am Zustand. Hat man doch mit der vorrangigen Ursachenzuordnung Richtung DDR die eigene Gesellschaft von derartigen Entwicklungen freigesprochen und damit auch die Ursachenermittlung in dieser ausgeklammert. Im Gegenteil, man hat alle Anzeichen dafür, die es zur Genüge gab und gibt, eher runtergespielt und bagatellisiert als aufgearbeitet. Unterstrichen wird dies durch sich häufende Meldungen, aber wohl zu bereits seit langem bestehenden Situationen und Entwicklungen, bezüglich rechtsorientierter Gesinnungen in der Bundeswehr, der Polizei und in Ämtern; siehe auch Bericht „Beamter hisste Reichskriegsflagge". (...)

Dietmar Sobottka, Chemnitz

"…Wer Geschichtsvergessen ohne weitere Erläuterung von den >zwei Diktaturen in Deutschland< spricht, muss wissen, wie viel Verharmlosung des Nationalsozialismus er auf sich laden will. Eines hellsichtigen Tages könnte dieses Geschichtsbild als Volksverhetzung verklagt werden."

Daniela Dahn,
Schriftstellerin und Publizistin

WEITER, IMMER WEITER? - IST MAN IN SACHSEN KLUG GEWORDEN?

Kleines JA,

großes ABER

Bei anderen gelesen...

Wie auch der von "der bürgerlichen Mitte" umjubelte <u>OSTBEAUFTRAGTE DER BUNDESREGIERUNG Marco Wanderwitz</u> belegt. In einem Interview zum Thema - hier wird daraus umfassend zitiert - hat Tim Hofmann im Februar in der Freien Presse auf den Zahn gefühlt. Und siehe: Immer noch ein großes Eiern in gedanklicher Leere.

Auszüge aus der Veröffentlichung

Volk und Porzellan

Der Ostbeauftragte Marco Wanderwitz über die Unterschiede zwischen Rechts- und Linksextremen, Dialog und die Vorzüge einer Volkspartei

Chemnitz. Muss sich die Mitte der Gesellschaft nicht nur gegen den rechtsextremen Rand, sondern auch gegen linke Kapitalismuskritik abgrenzen? **Tim Hofmann** hat darüber mit dem **CDU-Bundestagsabgeordneten Marco Wanderwitz** gesprochen, der in Chemnitz geboren wurde und seit einigen Wochen neuer Ostbeauftragter der Bundesregierung ist.

<u>...Aber dieser parallele Ausschluss ist praktisch doch schon eine Gleichsetzung?</u>

Jein. Zu AfD und NPD haben wir den Unvereinbarkeitsbeschluss, weil der rechte Rand menschenfeindlich und demokratiefeindlich ist. Das sind Faschisten, Punkt! Am linken Rand haben wir dagegen ein differenziertes Bild. Erstens: Aus unserer Sicht herrscht in Teilen der Partei ein nach wie vor nicht geklärtes Verhältnis zur Diktatur DDR, zum Unrechtsstaat.

<u>Wobei die Bezeichnung „Unrechtsstaat" an sich ja ein rein politisches Schlagwort ist...</u>

Finde ich nicht! Wie kann man denn nicht zu dem Ergebnis kommen. dass ein Staat, der in

Nachdem der "Schönredner" Hirte (CDU Thüringen) abgegangen wurde, im MDR: Marco Wanderwitz als Ostbeauftragter der Bundesregierung. Vor dem Bundestag gab er am 17. Februar schon mal der LINKEN die Schuld am Aufstieg der AfD.

Volk und Porzellan

Der Ostbeauftragte Marco Wanderwitz über die Unterschiede zwischen Rechts- und Linksextremen, Dialog und die Vorzüge einer Volkspartei

Interview in der Freien Presse vom 28. 2. 2020

Hoheneck und auf dem Chemnitzer Kaßberg Menschen eingesperrt hat, um sie an den Westen zu verkaufen: der an der Mauer Menschen erschossen hat, kein Unrechtsstaat gewesen ist?

<u>Weil der Begriff einfach eine nötige Differenzierungsdebatte abwürgt. Natürlich ist völlig unstrittig, dass der DDR-Staat großes Unrecht begangen hat - aber er basierte nicht komplett auf Unrecht. In der wissenschaftlichen DDR-Forschung gilt das längst als unstrittig...</u>

Zugegeben: Man muss das durchaus differenziert diskutieren. Wir können uns aber darauf einigen, dass es eine Diktatur und keine Demokratie war.

<u>Das ist unstrittig!</u>

Gleichwohl gibt es in der Linkspartei Leute, vor allem Ältere, die bis heute nicht überwunden haben, dass es die Friedliche Revolution gab und

die mehr oder weniger unumwunden die DDR zurückwollen.

Sicher. Aber ist es nicht eher eine Leistung, diese ins demokratische Spektrum einzubinden? Die Union hat das mit den Altnazis ja auch getan...

Wie Sie bereits sagten: Am rechten Rand geht es um Menschenfeindlichkeit. Beim Mietendeckel reden wir dagegen von Kapitalismuskritik aus humanistischer Position heraus. muss man sich da nicht auch mal dem Verfassungsbogen nähern dürfen?

Die Frage ist doch, wie weit das geht. Nehmen Sie die Abgeordnete Jule Nagel in Leipzig-Connewitz. Sie selbst sagt natürlich, dass sie gegen Gewalt ist, doch in ihrem Umfeld passieren große Straftaten gegen Eigentum - bis hin zu schweren Körperverletzungen. Da findet der linksradikale Teil der Bevölkerung Unterstützung der Linkspartei.

Wenn wir über die Antifa reden: Wir sind uns einig, dass Gewalt generell inakzeptabel ist. Aber muss man nicht auch fragen, woher die Antifa im Osten kommt? Es gibt bei Twitter den Hashtag „#baseballschlaegerjahre", unter dem heute 30-, 4o-jährige Menschen aus der Mitte der Gesellschaft berichten, wie sie in den 90ern in ostdeutschen Plattenbausiedlungen von Neonazis so lange verprügelt wurden, bis die Antifa einschritt - weil die Polizei nie kam. Wir sind uns einig, dass Selbstjustiz auch nicht geht. muss man aber nicht trotzdem differenzierter hinschauen und fragen, was da von der Politik versäumt wurde?

Da kann man extra drüber reden. Fakt ist aber: Das ist Vergangenheit. Heute gibt es im Plattenbau solche rechtsfreien Räume nicht mehr.

Richtig. Kann aber die Antifa da ein Grund sein, heute der Linken den Dialog zu verweigern?

Dialog haben wir doch. In jedem Bundestagsausschuss reden wir miteinander, und es gibt auch viele praktische Punkte, wo wir zusammenkommen. Trotzdem ist man politisch aber so weit auseinander, dass wir in der CDU finden, dass wir nicht zusammenpassen. Was umgedreht ja übrigens auch so gesehen wird. Ich will auch nicht ausdrücklich ausschließen, dass in einer nicht ganz so fernen Zeit, wenn der Realo-Flügel weiter Oberwasser bekommt, das

Kohl- Jubel, breite Erinnerung in der Freie Presse - War da noch was?

CHEMNITZER ZEITUNG

Als Helmut Kohl in Karl-Marx-Stadt umjubelt wurde

Freie Presse 28.2.2020

Ja, da war noch was!
Am Tag und zur Stunde des Kohl- Event am 1. März 1990 tagte auf dem Platz gegenüber im "Veranstaltungsforum der **der "Runde Tisch" des Bezirkes Karl-Marx-Stadt.** Es war 89/90 bereits die 7. Sitzung.
Während sich der **BRD- Bundeskanzler Kohl** (CDU) in Karl-Marx-Stadt feiern ließ, ließen CDU und der mit ihr nun verbandelte Demokratische Aufbruch, schriftlich erklären: *Wir verlassen den RUNDEN TISCH des Bezirkes Karl-Marx-Stadt!* Die 8. Sitzung war für den 15. 3.90 einberufen, fand aber nicht mehr statt. Die später gern und oft gefeierte "Friedliche Revolution" war wohl für die Damen und Herren von der CDU vom Tisch. - Eine Episode, die von den Jubelnden gern vergessene wird.
Von uns nicht vergessen Heinrich Heine (1797 - 1856): *Die über Nacht sich umgestellt, zu jedem Staate sich bekennen, das sind die Praktiker der Welt; man kann sie auch Halunken nennen.*

***

Heute ist längst das damalige Veranstaltungs**forum** zu Gunsten von Auto- Parkplätzen platt gemacht. Nicht mal ein Erinnerungstäfelchen gibt's. Derweil ist Selbstbespiegelung angesagt, in den Museen und Medien und Schulen.

Zusammenarbeitsverbot, das bei uns Parteitagsbeschluss ist, nicht mehr gilt.
Realos wie Bodo Ramelow?

Zum Beispiel, ja. Es gibt in Thüringen aber eben auch die Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow, und die unterschreibt dezidiert Manifeste, von denen der Verfassungsschutz sagt: linksradikal!

An der Regierungspolitik in Thüringen war aber doch in den letzten Jahren absolut nichts

„linksradikal". Spricht da nicht die alte Angst vor dem Kommunisten, die sie übervorsichtig macht?

Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste. Mein Ziel ist es natürlich, die Mitte, die ich schon sehr weit auslege, zu stärken. Was bedeutet, dass ich die Ränder politisch bekämpfe.

Was in der CDU häufig zum Reflex führt, Herrn Ramelow zum „Mauerschützen" zu erklären ...

Das ist natürlich Schwachsinn. Aber ja, es gibt Leute, denen ist der Teil meiner Argumentation, der die DDR-Bezüge kritisiert, der wichtigere. Ich kann das verstehen.

Wurde es nach der Wende versäumt, Gemeinsamkeiten zu suchen - weil wir schnell in bundesdeutsche Muster gerannt sind?

Mein Eindruck ist, dass wir als CDU nach 1989/90 vor allem beschäftigt waren zu regieren, uns zu justieren, Ideen zu entwickeln. Wir stellen in Sachsen seit 30 Jahren den Ministerpräsidenten, wir stellen seit der Wiedervereinigung die meiste Zeit die Bundeskanzler. Die CDU ist eine staatstragende Partei, der es in der DNA liegt, zu regieren. Damit haben wir uns vorrangig beschäftigt.

Weil Ihre Partei in Sachsen so dominiert, dass sie alle Landräte stellt, hat politisches Talent quasi nur in der CDU eine Chance sich zu entwickeln - andere Parteien haben es schwer, guten Nachwuchs aufzubauen. Wäre mehr Vielfalt und Wechsel nicht der Demokratie dienlicher?

Ich sehe das demokratietheoretische Problem. Aber abgesehen davon, dass das ja Wählerinnen und Wähler entscheiden, sehe ich auch praktisch, dass es in den Ländern, in denen die Union sehr lange wichtige Posten besetzt, besser läuft.

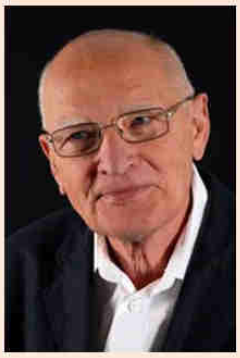
Naja. Es ist auch der Rechtsradikalismus gewachsen, wir haben Lehrermangel ...

Wir haben überhaupt nicht alles richtig gemacht, weswegen es auch in der CDU harte Kämpfe gab. Ältere Landtagsabgeordnete, die noch die Zeiten der absoluten Mehrheit miterlebt haben, sagen mir aber, dass damals innerhalb der CDU-Fraktion dieselbe Bandbreite abgebildet wurde, wie wir sie jetzt in der Kenia-Koalition haben.

Das nenne ich jetzt aber Arroganz der Macht: „Wir brauchen die Grünen nicht, weil wir sind selber Grüne genug?"

Wir sind Volkspartei. In der CDU finden Sie für so ziemlich jede Position, die ich der Mitte zurechnen würde, auch eine Stimme. >>>

Der marxistischen Historikers und Faschismusforschers Kurt Pätzold / (1930—2016)
In seinem Vortrag beim Sachsenburger Dialog 2012 in Frankenberg zum 30. Januar 1933 als einem „deutschen Schicksalstag".



Die meistbestrittene Tatsache in der Geschichtsdiskussion um das Jahr 1933 oder 1933 bis 1945, (ist) nämlich anzuerkennen, dass dieses System faschistische Diktatur ein Produkt der bürgerlichen Gesellschaft war. Nicht von irgendetwas, nicht aus irgendwelchen Dingen hervorgewachsen ist, sondern aus der bürgerlichen Gesellschaft hervorgewachsen, und diese bürgerliche Gesellschaft, wenn sie auch mit derjenigen der 20-er und 30-er Jahre nicht identisch ist, existiert bis zum heutigen Tage. Und dass man zugleich begreift, also der Faschismus war eine Möglichkeit der politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft, das ist der Kern der Sache. Eine Möglichkeit, keine gesetzmäßige, keine auch nur notwendige, aber eine Möglichkeit. Genau wie die Republik oder vordem die konstitutionelle Monarchie eine Möglichkeit gewesen ist. Und in dem Sinne, so lange diese bürgerliche Gesellschaft existiert, ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, noch dazu mit ihren augenblicklichen Komplikationen, die es im Zusammenhang mit der Globalisierung gibt.

Sie wollen also die Kapitalismuskritik lieber selber machen, statt sie den Linken zu überlassen?

Die gehörte immer auch zur DNA der CDU. Unser Gewerkschaftsflügel steht in harten Auseinandersetzungen mit dem Wirtschaftsflügel.

Schlagzeilen macht gerade aber eher die Werte-Union...

Ja - weil Journalisten für diese 0,3 Prozent der Partei regelmäßig die Titelseite reservieren. Dabei hat schon ein großer westdeutscher Kreisverband hat mehr Mitglieder als die Werte-Union. Das ist alles nicht real!

Also nur ein kleines Problem am rechten Rand?

Ich teile nicht jede Position der Werte-Union inhaltlich - ich kenne in meinem Kreisverband dort aber keine Position, die den demokratischen Bogen verlässt. Ich bin hier mit den Mitgliedern im Gespräch, und da mangelt es nicht an Abgrenzung zur AfD. .

Wenn sie da allein die verbale Abgrenzung sofort glauben: Warum dann nicht auch Jule Nagel, wenn die sich zur Demokratie bekennt?

Am linken Rand glaubt uns ja auch nicht jeder unsere Abgrenzung nach rechts! Und: Ich bin doch auch nicht verpflichtet, ganz tief in die Ränder zu schauen. Ich will eine breite Mitte. Es ist ein legitimes Ziel zu sagen: Ich versuche dort, politische Mehrheiten zu finden, um so wenig wie möglich auf die Ränder zuzugehen!

Nochmal: muss man nicht eine Idee als solche nach ihrem Inhalt betrachten, statt statisch ihre Distanz zur Mitte zu messen?

*) Wanderwitz' im Zuge der Thüringen-Affäre abgelöster Vorgänger Christian Hirte (CDU) hatte sich zum Verhältnis von Linken und AfD ähnlich geäußert. "Man könnte sagen, dass die PDS-Linke gesellschaftlich gesät hat, was heute die AfD erntet", hatte er im August 2019 gesagt.

MITHIN - FÜR ALLE ERFOLGE IST DIE FÜHRENDE PARTEI ZUSTÄNDIG, FÜR ALLE NIEDERLAGEN DIE DDR.

Es blieb das "Brot" der Propagandisten der "bürgerlichen Mitte": WER ZU WÜRDIGEN, WER ZU VERDAMMEN IST, WIR ENTSCHEIDEN. - Immer in der Löwenthal - Tradition. (Gerhard Löwenthal (1922 - 2002) zu seiner Tätigkeit beim RIAS / ZDF, er habe „Propaganda betrieben, deren Ziel es gewesen sei, die DDR zu destabilisieren“).

Das machen wir doch regelmäßig. Alle Parteien erneuern ständig ihre Programmatik, und das neue Programm der CDU wird sich in Teilen erheblich vom alten unterscheiden. Wieder einmal...

Aus FP 28. Februar 2020 KULTUR & SERVICE Seite A1 / Der Freundeskreis Neue Zeit Geschichte Chemnitz zitiert In "ANMERKUNGEN zum Thema" insbesondere zitiert aus Medien

---

Bringt Sachsen- Anhalt damit nun den Freistaat Sachsen in Bedrängnis?

Antifaschismus in Sachsen-Anhalt als Staatsziel festgeschrieben

Möglich wird die Verfassungsänderung durch die Zusammenarbeit von CDU und Linken. Nur eine Partei stellt sich gegen den überparteilichen Konsens.

VON FABIAN ALBRECHT

MAGDEBURG – Sachsen-Anhalt ist ein antifaschistisches Land. Mit großer Mehrheit hat der Landtag am Freitag eine Verfassungsreform verabschiedet, die genau das verlangt. „Die Wiederbelebung oder Verbreitung nationalsozialistischen Gedankengutes, die Verherrlichung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems sowie rassistische und antisemitische Aktivitäten nicht zuzulassen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt und Verantwortung jedes Einzelnen“, lautet der neue Paragraf 37a der Landesverfassung. Eine in den Bundesländern beispiellose Distanzierung von der faschistischen Vergangenheit – zustande gekommen durch die Kooperation der Regierungsfraktionen CDU, SPD und Grüne mit den Linken.

Dass dies eigentlich keiner wolle, das versicherten Linke und CDU am Freitag im Landtag einander wortreich, als sie die Nachwehen der Thüringen-Wahl im Plenum diskutierten. Im Freistaat hatte unter anderem die Weigerung der CDU, die Wahl eines Ministerpräsidenten der

Der Magdeburger Landtag hat a mus-Klausel, die es noch in keine

Sachsen-Anhalt sie zustande bracht hat, ausgerechnet Sach Anhalt, möchte man sagen. Land, in dem der damalige Recht ßen der AfD, André Poggenb schon 2016 fast jede vierte Stimme bei der Landtagswahl bekam. Das Land, in dem Ausreißer der CDU immer wieder mit dieser AfD liebäugeln, und nicht zuletzt das Land, in

„Die Wiederbelebung oder Verbreitung nationalsozialistischen Gedankengutes, die Verherrlichung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems sowie rassistische und antisemitische Aktivitäten nicht zuzulassen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt und Verantwortung jedes Einzelnen“, lautet der neue Paragraf 37a der Landesverfassung. Eine in den Bundesländern beispiellose Distanzierung von der faschistischen Vergangenheit – zustande gekommen durch die Kooperation der Regierungsfraktionen CDU, SPD und Grüne mit den Linken.

Dass dies eigentlich keiner wolle

zelnen“ in die Pflicht nehme. Sein Linken-Kollege Stefan Gebhardt sprach von einer „besonderen Herzensangelegenheit“ seiner Partei.

Mehr als ein Jahr verhandelten

Auch am Donnerstag zeigten die vier sonst so unterschiedlichen Fraktionen von CDU, Linken, SPD und Grünen, dass sie jedenfalls im Umgang mit dem Nazi-Erbe durch-

Hannes Wader:
Trotz alledem

Stellungnahme

Als erklärter Feind alter und neuer Nazis habe ich immer damit rechnen müssen, von ihnen beschimpft und bedroht zu werden. Aber derzeit geschieht etwas, was mich, als ich davon erfuhr, getroffen hat wie ein Stiefeltritt ins Gesicht: Neonazis singen meine Lieder. Nein, das ist kein Witz.
Neben Fassungslosigkeit und Zorn empfinde ich auch Scham darüber, dass sich meine Lieder offenbar, so, wie sie sind, in das Gegenteil ihrer Bedeutung verkehren lassen und im Dienste dessen missbraucht werden können, was ich auf dieser Welt außer Krieg am meisten verabscheue und fürchte: Nationalismus, Verfolgung Andersdenkender, Fremdenhass bis zur Mordgier.

Ich frage mich, ob ich es bisher in meinen Aussagen zu den Verbrechen der Rechtsradikalen in diesem Land an Deutlichkeit habe fehlen lassen. Vielleicht ist es so.
Eine Tatsache ist es jedoch auch, dass es keine Wahrheit gibt, die, aus dem Zusammenhang gerissen, nicht zur Lüge verzerrt und auf den Kopf gestellt werden könnte. Aber kann ich es diesen Nazis denn nicht einfach - notfalls per Gerichtsbeschluss - untersagen lassen, sich an meinen Liedern zu vergreifen? Nein, kann ich nicht. Es gibt kein Gesetz, dass es nur der Vernunft und der Menschlichkeit erlaubt, sich auf meine Lieder zu berufen -der Dummheit und Bösartigkeit dieses Recht aber verweigert.

Neonazis singen meine Lieder. Ist das nicht auch eine Chance, mal mit denen zu reden? Sind es nicht oft ganz junge Leute ohne Zukunft; verführt, irregeleitet, von Familie und Staat im Stich gelassen, denen niemand zuhört? Mag sein.
Aber mit welchen, noch so profunden Argumenten sollte ich diesen Menschen gegenübertreten, die andere Menschen zusammenschlagen und ermorden, nur weil sie fremd aussehen.

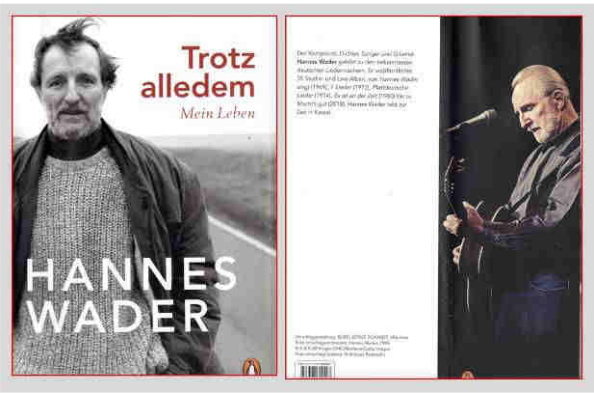
Nein, ich spreche nicht mit Nazis und nicht mit den Mördern unter ihnen, von denen ich weiß, dass sie auch mich, ohne zu zögern, aus einer Laune heraus, mitsamt meinen Liedern vernichten und dann noch meine Refrains grölen würden.

Sind diese rechtsextremen Gewalttaten denn nicht nur eine Zeiterscheinung, die irgendwann von selbst verschwindet, wenn man nur auf die in Jahrzehnten gefestigte demokratische Gesinnung des deutschen Volkes vertraut?
Nein, ich vertraue überhaupt keinem Volk. Es ist diesem Volk, zu dem auch ich mich zähle, in siebzig Jahren nicht gelungen, mit den alten Nazis fertigzuwerden, es wird ihm mit den neuen auch nicht gelingen. Was also soll ich tun?
Wenn die Feigheit und Dummheit der Vielen nicht auszurotten ist, ist es der Mut, die Vernunft und die Menschlichkeit der Wenigen auch nicht. Daran werde ich mich halten und weiterhin meine Lieder singen.

Ist Stillschweigen klüger? Sich niemals beschweren? Lieber Unrecht erleiden, um Streit zu vermeiden, der für einen selbst vielleicht übel ausgeht? Nein!

Seiner Feinde muss man sich erwehren
Und sich klar entscheiden, auf welcher von beiden Seiten - für alle Welt sichtbar - man steht.
Ja, ich werde weiterhin meine Lieder singen. Jetzt erst recht.

Hannes Wader in
Trotz alledem / Mein Leben
PENGUIN Verlag 2019 / ISBN 978-3-328-60049-7 / S. 557 - 558



UNSER THEMA 2

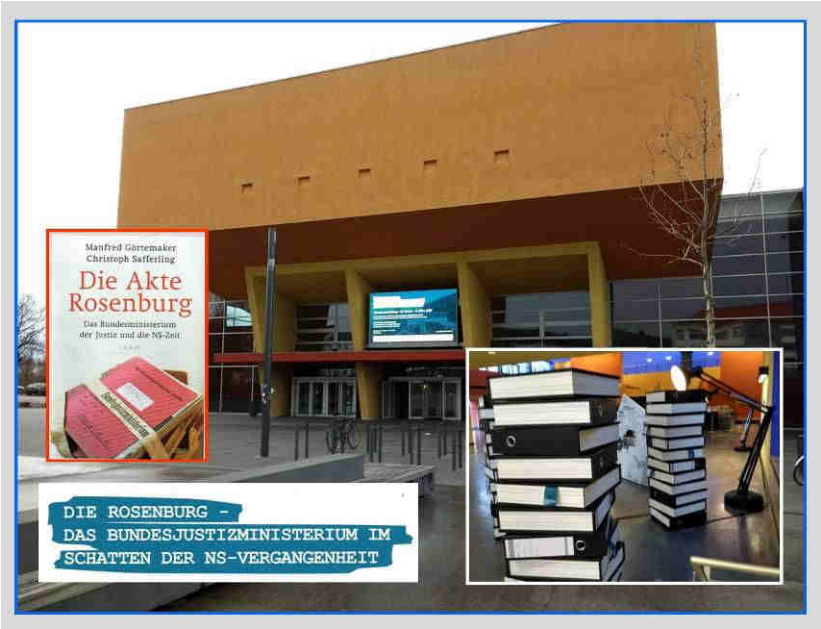
HINTER DEN TALAREN DIE SCHANDE IHRER BRAUNEN NAZI-JAHRE

***

Ausstellungen

„Die Rosenburg - das Bundesjustizministerium im Schatten der NS-Vergangenheit"
Die Ausstellung zeigt die personelle und sachliche Verwobenheit des jungen Bundesjustizministeriums mit der NS-Zeit. Die Verstrickungen der Ministeriumsmitarbeiter mit den Strukturen des deutschen Faschismus machen deutlich, warum sich die Strafverfolgung der Nazi-Verbrechen so lange hinzog, das Leid der Opfer viel zu lange ignoriert und viele Opfergruppen in der Bundesrepublik erneut diskriminiert wurden.

Bundesjustizministerin Christine Lamprecht mit TU Rektor Prof. Strohmeier und Prof. Görtemaker bei der Eröffnung im Foyer der4 TU.



Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm / Wie die Alten sungen zwitschern auch die Jungen - diese Sprichworte fallen einem ein. -Es handelt sich hier um Westdeutschen Justiz- Geschichte bzw. Geschichte der BRD! - Gleichwohl wirft es auch Fragen zur Gegenwart auf

1. Es ist hoch anzuerkennen, wenn sich jetzt hochoffiziell dem Thema angenommen wird! Auch gut, wenn es jetzt in den Medien heißt:

Karlsruhe will NS-Erbe aufarbeiten
Karlsruhe. **Das Bundesverfassungsgericht** will seine Anfangsjahre in der jungen Bundesrepublik auf mögliche personelle Verquickungen mit der NS-Zeit durchleuchten lassen. Das hätten die 16 Richter der beiden Senate im Plenum beschlossen, sagte Präsident Andreas Voßkuhle in Karlsruhe. Bei zwei, drei Personen seien Verflechtungen bereits bekannt. Es sei sinnvoll, sich das in einem strukturierten Prozess genauer anzuschauen. Eine besonders problematische Figur ist Willi Geiger, der im Nationalsozialismus an einem Sondergericht mehrere Todesurteile erwirkte. Von 1951 bis 1977 war er Verfassungsrichter.

2. Die Geschichte ist nicht neu!
Im Deutschlandfunk war schon 2015 zu hören:
Im Juli 1965 erschien z.B. in der DDR ein Buch, das in der politischen Öffentlichkeit der Bundesrepublik für großen Aufruhr sorgte: **„Braunbuch: Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und West-Berlin“.** Fast 1.800 Wirtschaftsführer, Politiker, Generäle und Admiräle der Bundeswehr und leitende Beamte wurden in dem Braunbuch aufgelistet – mit ihren tatsächlichen oder vermeintlichen Verquickungen mit dem Nazi-Regime. Die Bundesregierung tat das Buch als " kommunistisches Propagandawerk“ ab, dennoch sorgten einige der Enthüllungen

für das vorzeitige Ende westdeutscher Karrieren. - **Im Begleittext (und auf Tafeln)**

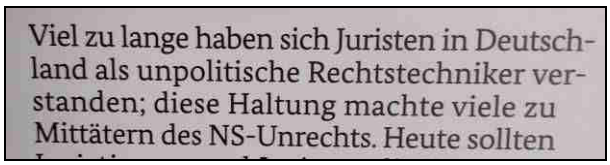
Katarina Barley
Von März 2018 bis Juni 2019 Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz.

Juristinnen und Juristen müssen heute mehr sein als bloße Techniker des Rechts, die jede beliebige politische Idee in Paragraphen gießen und sie vollstrecken. ...Juristin sollte um die Schattenseiten der Vergangenheit ihrer Berufsgruppe wissen, um zu erkennen, welch hohe Verantwortung sie für die Gegenwart und Zukunft tragen.

Christine Lambrecht
seit dem 27. Juni 2019 Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz

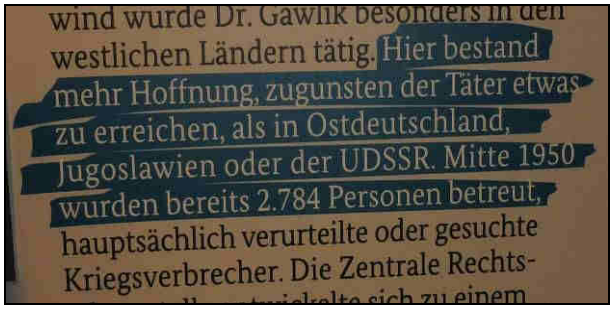
Die "Akte Rosenburg" ist keine Lektüre, die man einfach beiseite legt. Sie wirft ein Schlaglicht auf die besondere Verantwortung von Juristinnen und Juristen für Staat und Gesellschaft. ...Diese Aufgabe erfordert eine gefestigte innere Haltung, um sensibilisiert zu sein, wenn auch heute Populisten und Demagogen die Würde des Menschen angreifen oder unsere Grundrechte infrage stellen.

der Wanderausstellung, die im Rahmen der Chemnitzer Friedenstage im Foyer der TU gezeigt wurde, wird betont:



Viel zu lange haben sich Juristen in Deutschland als unpolitische Rechtstechniker verstanden; diese Haltung machte viele zu Mittätern des NS-Unrechts. Heute sollten

Es handelt sich hier um Westdeutschland und die BRD- soviel Zeit muss sein.



wind wurde Dr. Gawlik besonders in den westlichen Ländern tätig. Hier bestand mehr Hoffnung, zugunsten der Täter etwas zu erreichen, als in Ostdeutschland, Jugoslawien oder der UDSSR. Mitte 1950 wurden bereits 2.784 Personen betreut, hauptsächlich verurteilte oder gesuchte Kriegsverbrecher. Die Zentrale Rechts-

2015 hieß es im Deutschlandfunk (im Gegensatz zum MDR): *Wenn in den 1950er- und 1960er-Jahren Vorwürfe gegen Mitarbeiter des Justizministeriums laut wurden - oft kamen diese aus der DDR - , gab es jedoch keinen einzigen Fall, der zu einer Entlassung geführt habe.*
Von **MDR-** ***Geschichtlern*** - ganz im Sinne des Kalten Krieges - zum Thema "Braunbuch" wird gern darauf verwiesen, dass es in der BRD *"die 68er für Aufarbeitung gesorgt haben"* und dagegen das DDR-Bild des "sauberen Staates" Flecken bekam.

***

»In der Justiz lebe ich wie im Exil«, sagte der hessische **Generalstaatsanwalt Fritz Bauer** einmal. Und: »Wenn ich mein Dienstzimmer verlasse, betrete ich feindliches Ausland.« Damit ist treffend beschrieben, wie es um die (west)deutsche Nachkriegsjustiz jahrzehntelang stand. Bauer gehörte zu der Minderheit unter den deutschen Juristen, die sich den Nazis nicht anbiederten und andienten.

****

Drängende Fragen zur Gegenwart

EINE OFFENE MEINUNGSÄUßERUNG

Die Ausstellungsmacher haben die Besucher auf der Rückseite der Tafel 1 im Foyer der TU ausdrücklich gefragt: »UND WELCHE LEHREN ZIEHEN SIE AUS DER GESCHICHTE« - Wie unten zu sehen: Ein Echo, wie auch immer geartet, auf die Frage der Ausstellungsmacher, ist nicht zu erkennen.

Leere Pinwand im Foyer der TU Chemnitz

Die Frau Bundesministerin mag es bedauern, aber es ist doch auch Ausdruck einer fragwürdigen Erinnerungskultur hierzulande.

Zunächst, es ist hoch anzuerkennen, dass sich ein Bundesministerium mit der eigenen Geschichte befasst. Beachtung findet auch, wenn sich das sonst gern mit grellen Heiligenschein umgebende Bundesverfassungsgericht und andere Justizinstitutionen in ihren Kellern umsehen.

Das alles spät - alles zu spät? Zu fragen ist

WOMIT GLÄNZT DIE JUSTIZ IN UNSERE GEENWART?

Nahezu täglich wird jeder Bürger, jede Bürgerin der Republik von höchsten Stellen dazu aufgerufen sich zu wehren, gegen Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus, Hass und Gewalt.

Jüngst in Zwickau: Der Bundespräsident wünscht sich nun eine Reaktion "aus der Mitte der Gesellschaft". Spielen in seinen Plänen auch

Ein unerbittlicher Rechtsstaat und Brettschneiders Rechtsempfinden

Protest gegen Diktaturenvergleich endet vor Gericht

Erinnerlich

»Eine bösartige Anklage«

Verhandlung gegen Jenaer Jugendpfarrer hat begonnen / Luther König hofft auf fairen Prozess

diejenigen eine Rolle, die sich politisch links und nicht in der gesellschaftlichen Mitte verorten? Diese Menschen engagieren sich seit vielen Jahren für ein weltoffenes Land und haben schon vor rechtem Terror gewarnt, als dieser von den Regierungspolitikern noch kleingeredet wurde.

Und, wenn sich der Hass entlädt, erstattet Pia Findeiß, die Oberbürgermeisterin von Zwickau, kaum noch Anzeigen. »Man weiß ohnehin, dass es nichts bringt«, sagt sie.

Die SPD-Politikerin ist ein gebranntes Kind. 2016 wurde die Behauptung in die Welt gesetzt, sie beherberge IS-Terroristen. Findeiß fühlte sich verleumdet; das Amtsgericht gab ihr Recht und verurteilte die Täter zu acht Monaten auf Bewährung. Das Landgericht jedoch schwächte die Urteile deutlich ab: ein Freispruch, eine Geldstrafe. Begründung? »Als Oberbürgermeisterin«, zitiert Findeiß kopfschüttelnd aus dem Richterspruch, »sei ich keine hervorgehobene Person des öffentlichen Lebens.« Nach nd 11.3.2020.

Juritischen Praxis - kann man wieder von "unpolitischen Rechtstechnikern" sprechen?

Verfassungsrichter: NPD ist zu unbedeutend für ein Verbot

»Tragischer Tag für die Demokratie«

Reaktionen auf das gescheiterte NPD-Verbot

Es sage keiner ... er hätte es nicht gewusst!

Hakenkreuz auf dem Sani-Koffer: Der Heimatverein will das nicht gesehen haben. FOTO: MARCUS FISCHER

FESTUMZUG

Staatsanwalt hält Nazi-Koffer für legal

COLMNITZ – Ein Sanitätskoffer aus dem Zweiten Weltkrieg mit einem Hakenkreuz, der Ende Mai in einem Festumzug in Colmnitz (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) gezeigt wurde, hat für den Träger keine juristischen Konsequenzen. Wie die „Sächsische Zeitung" gestern in ihrer Online-Ausgabe meldete, hält die Staatsanwaltschaft Dresden das Zeigen des Kennzeichens einer verfassungswidrigen Organisation hier nicht für strafbar. Begründung: Die Colmnitzer hätten mit

Neonazi-Partei breitet sich im Erzgebirge aus

Galgen lediglich symbolisch zu verstehen

Die ausführliche Begründung der Staatsanwaltschaft: Der Zeitungsdarstellung zufolge hatte die Staatsanwaltschaft argumentiert, die Galgen seien "nicht ganz ernst zu nehmen". Die Galgen – beschriftet wie das Original von der Pegida-Demo – seien Kunst. Dem Beschuldigten sei nicht nachzuweisen, dass er "ernstlich Leute dazu animieren wolle, Merkel oder Gabriel anzugreifen". Gemeint sei lediglich symbolisch der politische Tod.

Also auch für die Geschichte gilt, die Geschichte wiederholt sich, aber die wiederholt sich nicht auf die gleiche Weise. Es gibt, wie wir alle wissen, nazistische Organisationen mit Mitgliedern, zugelassene und illegale. Und man kann sich nicht auf den Standpunkt jenes Sprichwortes stellen: Die Hunde bellen und die Karawane zieht weiter. Also lasst sie doch bellen und interessiert euch nicht dafür.

"Ihr seid nicht verantwortlich für das, was geschah.
Aber dass es nicht wieder geschieht, dafür schon"

- sagte Max Mannheimer. Also das ist eine Antwort auf die Frage, nach dem Sinn von antifaschistischer Betätigung im Augenblick.

CHEMNITZER FRIEDENSTAGE 2020 / 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus / Gedenken. Mahnen. Widerstand - GESCHICHTSBAUSTELLE Chemnitzer Kriegsspuren - Orte der Erinnerung an 1933-45:

ANGEMERKT vom Freundeskreis Neue Zeit Geschichte Chemnitz / Ausführliche Zitate weil zur Lesegemeinschaft auch jene zählen, die sich Print- Abos aus prinzipiellen oder aus finanziellen Gründen nicht leisten wollen oder können.